

Protokoll der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen (AG MmB) bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIntArbSoz) vom 17.9.2018

TOP 1 Begrüßung

Frau Schnellrath begrüßt die Anwesenden.

Frau Holl als Nachfolgerin von Frau Gregorschewski für das Netzwerk behinderter Frauen Berlin eingetragene Verein in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) stellt sich vor. Eine Vorstellungsrunde aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgt.

TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Sitzung vom 16.4.2018 wird angenommen, die geplante Sitzung am 28.5.2018 fiel wegen mangelnder Teilnahme der externen Mitglieder der Arbeitsgruppe aus.

Zur Frage, wer seitens des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen (LBB) in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) verbindlich teilnimmt, stellt die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen (LfB) klar, dass die im Internet veröffentlichte Liste über die Berufungen der Mitglieder des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen in die einzelnen Arbeitsgruppen für Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltungen verbindlich und aktuell gültig ist.

Frau Schnellrath bittet dennoch um Information seitens der Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen, sollte sich an den Berufungen für die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) etwas ändern.

Klargestellt wird noch einmal, dass gemäß Geschäftsordnung für die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) die Vertretungen der einzelnen Mitglieder nicht turnusmäßig eingeladen werden, sondern von den einzelnen berufenen Mitgliedern selbstständig informiert werden müssen, sollten diese an einer Sitzung nicht teilnehmen können.

TOP 3 Aktuelle Viertelstunde

Frau Hoffmann stellt die Frage, warum eine neue Hilfebedarfserfassung für die Arbeit in der Werkstatt für behinderte Menschen beziehungsweise Tagesförderstätten eingeführt wurde, obwohl in 2020 alles im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) noch einmal neu geordnet wird.

Frau Schnellrath nimmt den Einwand zur Kenntnis und sagte Klärung zu.

TOP 4 Themen Abteilung Integration

TOP 4.1 Gesamtkonzept Geflüchtete – aktueller Stand

Frau Schnellrath stellt den aktuellen Sachstand vor. Das Gesamtkonzept befindet sich zur Zeit im Mitzeichnungsverfahren, eine hausinterne Stellungnahme wird gefertigt. Die Senatsbefassung ist für Ende Oktober vorgesehen.

Das Thema wird in den Themenspeicher aufgenommen und in einer der Arbeitsgruppen-Sitzungen nach Senatsbeschluss wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 5 Themen Abteilung Arbeit

Frau Bonde stellt ein Modellprojekt der Abteilung Arbeit vor: „Beschäftigungsimpulse für Menschen mit Behinderungen durch Nutzung des Budgets für Arbeit“. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales konzipiert. Der Link zum Start des Ideenwettbewerbs im Rahmen der Initiative IMPULS (Innovation mit Potenzial und lokaler Stärke) wird an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen verschickt (am 24.9.2018 erfolgt).

TOP 5.1 Auswertung Tagung „Inklusion: Wege in gute Arbeit“

Frau Irps berichtet von der Konferenz „Inklusion: Wege in gute Arbeit“ und stellt die dort diskutierten Inhalte kurz vor. Hervorzuheben ist die beispielhafte barrierefreie Gestaltung der Tagung.

Sobald die geplante Dokumentation über die Tagung fertig gestellt ist, wird der dazugehörige Link an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales verschickt.

Gemeinsam mit dem Dienstleister, der in die Organisation der Tagung eingebunden war, wird eine Zusammenfassung erstellt, wie Veranstaltungen, insbesondere Tagungen, barrierefrei gestaltet werden können.

Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen regt an, die Ergebnisse des Tagungs-Workshops „Digitalisierung“ aufzunehmen und in den entsprechenden Gremien und Runden weiter zu entwickeln. In Digitalisierung wird eine große Chance für die barrierefreie Gestaltung der Umwelt für Menschen mit Behinderungen gesehen. Frau Bendzuck unterstützt diesen Vorschlag.

Herr Zander betont, dass das Thema „Gebärdensprachdolmetscher“ im Allgemeinen Arbeitsmarkt stärker in den Focus rücken solle. Hier gebe es noch großen Optimierungsbedarf.

TOP 6 Themen Abteilung Soziales

TOP 6.1 Inklusionstaxi – aktueller Stand

Frau Korsig, Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) berichtet über den aktuellen Stand der Umsetzung des Inklusionstaxis.

Problematisch ist dabei, dass nicht alle in Frage kommende Fahrzeugmodelle für alle Arten von Behinderungen geeignet sind oder umgebaut werden können.

Ziel ist es nach wie vor, nach Inkrafttreten der Förderrichtlinien, die sich zur Zeit in der Mitzeichnung befinden, im nächsten Jahr so schnell und so viele Inklusionstaxen, wie möglich auf die Straße zu bringen.

Noch gibt es nicht ausreichend Taxiunternehmen, die bereit sind, Inklusionstaxen zu betreiben, für einige ist das wirtschaftliche Risiko trotz finanzieller Unterstützung zu hoch.

Inklusionstaxen sollen auf jeden Fall neben und nicht statt dem Sonderfahrdienst betrieben werden.

Förderfähig sind große und kleine Taxen, so dass es auch für Rollstuhlfahrer und –innen ausreichend Möglichkeiten des Transports per Taxi geben müsste.

Frau Bendzuck weist auf Gepäckzuschläge hin, die bei Privatfahrten für Rollstuhlbenutzerinnen und –benutzer zum Teil erhoben werden. Diese Zuschläge zu erheben, dürfe im Inklusionstaxi nicht gestattet sein. Frau Bendzuck wird dies und auch weitere Punkte zum Thema Inklusionstaxi in die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz einbringen beziehungsweise im Runden Tisch Mobilität.

Frau Schnellrath bestätigt, dass das Thema Inklusionstaxen eine Daueraufgabe ist, für die haushalterisch entsprechend Vorsorge getroffen werden muss.

Problematisch ist laut Frau Korsig noch der Einbau von Technik für Hörbehinderte, da es hier keine einheitlichen Standards gibt und die einzelnen Varianten nicht miteinander kompatibel sind. Es gibt allerdings einzelne Taxiunternehmen, die an entsprechend barrierefreien Apps zur Kommunikation zwischen Kundinnen und Kunden sowie Taxianbietern arbeiten.

TOP 6.2 Maßnahmenplan zur Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention – aktueller Stand

In der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Ressortübergreifende UN-Behindertenrechtskonvention) haben sich die Senatsverwaltungen geeinigt, einen Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Der Entwurf der Maßnahmenmatrix sowie das Protokoll der letzten Sitzung der Ressortübergreifenden UN-Behindertenrechtskonvention wird als Anlage an das Protokoll angehängt.

Sobald der Maßnahmenplan durch die Zulieferungen der Senatsverwaltungen im Entwurf erstellt ist, kann er in einer der nächsten Sitzungen der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen vorgestellt und diskutiert werden.

TOP 6.3 Bundesteilhabegesetz – Bericht im Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen (LBB) – offene Fragen

Frau Schnellrath berichtet kurz über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Dies war bereits Inhalt der letzten Sitzung des Teilhabebeirats am 14.9.2018, so dass die meisten Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales informiert waren, das sie auch Mitglied im Teilhabebeirat sind.

Die Arbeitsgruppe einigte sich darauf, dass in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales nur ein kurzer Sachstand mitgeteilt wird, da die Themen des Bundesteilhabegesetzes im Teilhabebeirat oder in anderen Gremien, in denen die Vertreterinnen und Vertreter des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen (LBB) Mitglied sind, bereits besprochen werden und eine Dopplung unnötig ist.

Es gab eine kurze Diskussion über die Anzahl der einzurichtenden Fachstellen im Land Berlin.

TOP 6.4 Landesbehindertenbericht - Anregungen

Frau Schnellrath stellt kurz das Konzept zur Erstellung des nächsten Landesbehindertenberichts vor.

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Verwaltungsvorschrift zur Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa (SenKultEU)

Frau Braunert-Rümenapf berichtet über die Verwaltungsvereinbarung zur Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die in einer der letzten Sitzungen des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen trotz einiger Kritikpunkte Zustimmung gefunden hat.

Protokollantin: Anke Reitemeier